

- Es gilt das gesprochene Wort -

„Worte statt Wunden – Gemeinsam gegen häusliche Gewalt“

Aktionswoche der Polizei Brandenburg

Lesung aus dem Buch „Gesichter der Gewalt“

Grußwort der Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke

Plenarsaal 25.11.2025

Alle drei Minuten geschieht es. Im Haus gegenüber, in der Nachbarwohnung. Schläge, Zudringlichkeiten, Bedrohungen. Wahrscheinlich kennt jeder mehr als eine Frau, die schon Gewalt erlebt hat in ihrem Zuhause, an dem Ort, wo Menschen sich eigentlich sicher fühlen sollten.

Es beginnt oft mit Kleinigkeiten - Freunde verbieten, Geld wegnehmen, das Smartphone kontrollieren, auflauern, ausspionieren. Aber dabei bleibt es nicht. Gewalt sprengt Grenzen, eskaliert. Jeden zweiten Tag stirbt eine Frau in Deutschland an den Folgen von Gewalt durch ihren Partner oder Ex-Partner. Unfassbar. Es passiert in unserem Land. Das macht traurig, wütend, sprachlos. Diese Sprachlosigkeit müssen wir überwinden, indem wir die Dinge zur Sprache bringen, indem wir Stellung beziehen gegen Gewalt an Frauen.

**Sehr geehrter Herr Polizeipräsident Stepien,
sehr geehrte Abgeordnete Graßmehl, Sahi, Schönbrunn,
Genilke und Augustin,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Stolper,
sehr geehrte Polizeibeauftragte, liebe Frau Goßmann-Reetz,
sehr geehrte Gleichstellungsbeauftragte Frau Dr. Kletzing,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter des Frauenpolitischen Rates
und der Verbände,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste!**

Heute, am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen wollen wir ein Zeichen setzen, das Parlament und die Polizei. Ich finde, das würdigt diesen Tag und diesen Anlass auf ganz besondere Weise. Im Rahmen der Aktionswoche „Worte statt Wunden – Gemeinsam gegen häusliche Gewalt“ lesen die Autorin Tamara

Pirschalawa und der Feuerwehrmann Mathias „Meddi“ Müller Geschichten aus dem Buch „Gesichter der Gewalt“, einer Anthologie, in der sich Autoren den verschiedenen Gesichtern von Gewalt zuwenden: Dany Baron, Ursula Dossier, Mike Gawen, Jochen Haar, Zan Mokran, Meddi Müller, Christian Pirschalawa, Tamara Pirschalawa, Helmut Stauder und Heinz Körner.

In den Geschichten, die wir hören werden, geht es um Gewalt, von der wir am liebsten nichts hören und nichts sehen wollen. Aber beschweigen und verdrängen hilft nicht. Wir müssen offen über Gewalt reden und dürfen sie nicht aus unserer Wirklichkeit verdrängen.

Es geht um häusliche Gewalt – die verborgene, für die sich keiner zu interessieren scheint, hinter der Wohnungstür. Der Schmerz, die Angst, die grundlose Scham kaum vorstellbar, einhergehend mit dem toxisch-falschen Gefühl, selbst für alles verantwortlich zu sein. So schwierig das ist, so notwendig ist es auch, bei Hinweisen auf häusliche Gewalt aktiv zu werden - die Frauen ansprechen und ihnen helfen, wie sie es wollen. Das braucht die Selbstüberwindung der betroffenen Frau, die hofft, dass morgen alles wieder gut ist. Sie muss eigene Scham überwinden und verstehen, dass sie nicht schuld ist, die Gewalt des Täters nicht verursacht hat.

Die Risikofaktoren kennen wir. Geringes Einkommen oder Arbeitslosigkeit, Stress, individuelle seelische Konstitution, Alkohol- und Drogen, Beziehungskonflikte verschärfen Probleme. Immer geht es bei häuslicher Gewalt um Macht und Kontrolle über die Partnerin. Um Demonstration männlicher Überlegenheit, Besitzansprüche. Diese patriarchalen Traditionen haben in einer freiheitlichen Gesellschaft keinen Platz. Aber es gibt sie - trotz Rechtsstaat und Hilfestrukturen. Eine verstörende Wahrheit.

Wir brauchen soziale Strukturen und engagierte Frauen, Räume, die sicher sind und Frauen und Mädchen ermutigen, sich einzubringen. Ob Frauen und ihre Kinder Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt finden oder nicht, darf nicht vom Wohnort und Vermögen abhängen. Wir brauchen ausreichend Frauenhäuser, Schutzhäuser, Beratungsstellen, Sicherung des Lebensunterhalts für die Zeit

des Aufenthaltes in einer Schutzeinrichtung. Staatsanwaltschaften, Gerichte, Jugendämter, Ausländer- und Migrationsbehörden müssen erreichbar sein.

Der Landtag Brandenburg hat entschieden, die notwendige Finanzierung steht seit Juni dieses Jahres im beschlossenen Haushalt. Sie muss verlässlich sein, deshalb gibt es Verpflichtungsermächtigungen bis 2028.

Vieles wird getan in Brandenburg. Mit einem landesweiten Begleitgremium aus VertreterInnen von Landesregierung und Zivilgesellschaft wurde der „Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und ihren Kindern – Strategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Land Brandenburg“ (LAP) am 16. Januar 2024 vom Kabinett beschlossen und seither aktiv von vielen Partnern umgesetzt. Eine umfassende Strategie zu Prävention, Bekämpfung der Folgen von Gewalt und Zugang zu Hilfestrukturen. Dazu gehört, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, Täter in die Verantwortung zu nehmen. Vulnerable Gruppen sind zu stärken und diskriminierungsfreie Angebote zu schaffen. Kommunen, Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Institutionen arbeiten dafür zusammen. Kommunen, Polizei, Justiz, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Initiativen, der Frauenpolitische Rat wirken gemeinsam an der Umsetzung einer ganzheitlichen Gewaltschutzstrategie. In den Regionen gibt es interdisziplinäre Arbeitskreise und Netzwerke für Prävention, Opferschutz und Strafverfolgung.

Aber reichen denn Prävention, Hilfsangebote und Strafverfolgung aus, um Gewalt an Frauen zu überwinden? Es beginnt damit, die Dinge beim Namen zu nennen. Gewalt an Frauen ist ein Verbrechen. Wir brauchen Aufklärung, öffentlichen Diskurs, Forschung, Unterstützung von Fraueninitiativen und Ehrenamtlichen. Wir müssen die Handlungsfreiheit der Demokratie nutzen, so komplex die Prozesse und Entscheidungswege auch sind, so viel Kraft und Ausdauer wir auch brauchen. Jede einzelne von Gewalt betroffene Frau braucht Hilfe.

Vielen Dank!